

Gemeinde Karlsbad
Hirtenstraße 45
76307 Karlsbad

An Firma

An alle Bewerber, die die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb anfordern

Ort, Datum
Karlsbad, 29.05.2018

Vergabe/Projekt Nr.:
131.41

Nicht offenes Verfahren

Einreichungstermin für das Bewerbungs-/Auswahlverfahren
(Teilnahmefrist)

28.06.2018; 11:00 Uhr

Frist zur Abgabe des verbindlichen Angebots:

22.08.2018

Aufforderung zur Bewerbung am öffentlichen Teilnahmewettbewerb

Vorhaben: Ausschreibung über die Lieferung eines Feuerwehrfahrzeuges des Typs Drehleiter DLAK 23/12 nach DIN EN 1846, E DIN 14502-2 und DIN EN 14043

Anlagen (1-fach):

- Bewerbung für Los 1 (Antrag auf Teilnahme am Auswahlverfahren zu Los 1)
- Bewerbung für Los 2 (Antrag auf Teilnahme am Auswahlverfahren zu Los 2)
- Kennzettel

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, ein Feuerwehrfahrzeug des Typs Drehleiter DLAK 23/12 nach DIN EN 1846 und DIN EN 14043 für die Gemeinde Karlsbad in einem

**nicht offenen Verfahren
nach den Vorgaben der Vergabeverordnung (VgV)**

in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung geltenden Fassung zu vergeben. Die VgV trifft nähere Bestimmungen über das einzuhaltende Verfahren bei der dem Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) unterliegenden Vergaben durch einen Auftraggeber.

Das Vergabeverfahren wird zweistufig durchgeführt. In der 1. Phase erfolgt ein **öffentlicher Teilnahmewettbewerb** zur Feststellung der Eignung der interessierten Bieter. In der 2. Phase werden die geeigneten Bieter mit gesondertem Schreiben zur **Abgabe der verbindlichen Angebote** aufgefordert.

1 Auftraggeber und Vergabestelle

a) Auftraggeber und Vergabestelle ist:

Gemeinde Karlsbad

Hirtenstraße 45

76307 Karlsbad

b) Ansprechpartner der Vergabestelle ist: **Jürgen Augenstein**, E-Mail: juergen.augenstein@karlsbad.de

c) Jegliche Kommunikation eines Bewerber in der 1. Phase und eines Bieters in der 2. Phase hat ausschließlich über die angegebene E-Mail-Adresse zu erfolgen.

2 Ausschreibungsgegenstand

a) Ausschreibungsgegenstand ist die Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges des Typs Drehleiter DLAK 23/12 nach DIN EN 1846, E DIN 14502-2 (in der aktuellen Fassung des FNFV-NA 031-04-06 AA), DIN 14502-3 und DIN EN 14043 gemäß den Vergabeunterlagen, der geltenden Erlasse des Innenministeriums und des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg sowie der sonstigen geltenden Vorschriften und anerkannten Regeln der Technik.

b) Alle Forderungen des Auftraggebers in der 1. Phase werden im Fall der Zuschlagserteilung Bestandteil des Liefervertrages.

c) Alle Eigenerklärungen und Nachweise des Bewerbers in der 1. Phase werden im Fall der Zuschlagserteilung Bestandteil des Liefervertrages.

3 Lose

a) Der Auftrag ist in zwei Lose (Los 1 „Fahrgestell und Aufbau sowie schnittstellenrelevante Beladungsteile“ und Los 2 „Sonstige Beladung“) unterteilt. Schnittstellenrelevant sind u. a. Beladungsteile, die Ladestationen haben (Kompatibilität des elektrischen Systems, Energiebilanz), oder nicht vorab klar definierbare Abmessungen.

b) Bewerbungen können für Los 1 oder Los 2 oder für Los 1 und Los 2 eingereicht werden. Für alle Bewerber gelten die unter Nr. 4 genannten Allgemeinen Bewerbungsbedingungen.

c) Die Angebotsunterlagen erhalten die Bieter nach Abschluss des öffentlichen Teilnahmewettbewerbs erst in der 2. Phase des Verfahrens.

d) Es können im Angebotsverfahren (2. Phase) Angebote zu Los 1 oder Los 2 oder zu Los 1 und 2 eingereicht werden.

e) Angebote für ein Los, die nicht den gesamten Auftragsumfang des jeweils angebotenen Loses umfassen und anbieten, werden von der Wertung ausgeschlossen. Angebote für beide Lose, die nicht den gesamten Auftragsumfang beider Lose umfassen und anbieten, werden von der Wertung ausgeschlossen.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

4 Bewerbungsbedingungen

- a) Diese Bewerbungsbedingungen gelten für Bewerber für Los 1 oder für Los 2 oder für Los 1 und Los 2.
- b) Gelten bestimmte Forderungen nur für die 1. Phase oder die 2. Phase, wird darauf explizit hingewiesen.
- c) Gelten bestimmte Forderungen nur für Los 1 oder Los 2, wird darauf explizit hingewiesen.

4.1 Geltungsbereich und anwendbares Recht, Verfahrensart

- a) Es gelten die Vorschriften für den Lieferauftrag als öffentlichen Auftrag gemäß § 103 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung aktuellen Fassung entsprechend.
- b) Das Ausschreibungsverfahren wird als nicht offenes Verfahren gemäß § 16 VgV durchgeführt.

4.2 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

- a) Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten oder/und sind diese unvollständig, so hat der Bieter unverzüglich die Vergabestelle nach Erhalt der Vergabeunterlagen schriftlich oder per Telefax darauf hinzuweisen.
- b) Anfragen und Hinweise, die nicht spätestens 7 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist der Vergabestelle vorliegen, können nicht mehr beantwortet werden!

4.3 Unzulässige wettbewerbsbeschränkende und unlautere Verhaltensweisen

- a) Wettbewerbsbeschränkende und unlautere Verhaltensweisen sind unzulässig.
- b) Bewerber, die eine Einzelbewerbung einreichen und zugleich an einer Bewerbung einer Bewerbergemeinschaft/ARGE beteiligt sind, werden als Einzelbewerber ausgeschlossen.
- c) Im Übrigen werden Bewerbungen von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, ausgeschlossen.
- d) Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über:
 - Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
 - die zu fordernden Preise,
 - Bindungen sonstiger Entgelte,
 - Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
 - Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben,
 - sonstige Empfehlungen wettbewerbswidriger Natur,es sei denn, dass sie nach § 22 Abs. 2 und 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zulässig sind. Solchen Handlungen des Bieters selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.
- e) Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.
- f) Wenn der Auftragnehmer oder die von ihm beauftragten oder für ihn tätigen Personen aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen haben, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er als Schadensersatz 10 v. H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu bezahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe von ihm nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag über die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt.

4.4 Abgabe des Teilnahmeantrages in der 1. Phase bzw. der Angebote in der 2. Phase

4.4.1 Abgabe des Teilnahmeantrages (1. Phase)

- a) Ein Bewerber muss seinen Teilnahmeantrag
 - schriftlich (per Post oder per Kurier),
 - vollständig (einschließlich aller geforderten Angaben und Unterlagen),
 - fristgerecht (Eingang bei der Vergabestelle bis zum Ende der Teilnahmefrist) und
 - äußerlich durch den beiliegenden Kennzettel (siehe Anlage 3 letzte Seite dieser Unterlagen) gekennzeichnetbei der Vergabestelle einreichen.
- b) Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen der Bewerbererklärungen eines bereits vom Bewerber eingereichten Teilnahmeantrages sind bis zum Ende der vorseitig genannten Teilnahmefrist in entsprechender Form wie der Teilnahmeantrag einzureichen. Die vom Auftraggeber vorgegebene Form und der Inhalt des Teilnahmeantragsformulars darf vom Bewerber nicht geändert werden.
- c) Bis zum Ende der Teilnahmefrist kann der Teilnahmeantrag schriftlich, fernschriftlich oder telegrafisch zurückgezogen werden.

4.4.2 Abgabe des Angebotes (2. Phase)

- a) Ein Bieter muss sein verbindliches Angebot
 - schriftlich (per Post oder per Kurier),
 - vollständig (einschließlich aller geforderten Eigenerklärungen, Angaben, Nachweisen und Unterlagen),
 - fristgerecht (Eingang bei der Vergabestelle bis zum Ende der Teilnahmefrist) und
 - äußerlich durch den in der 2. Phase gelieferten Kennzettel gekennzeichnetbei der Vergabestelle einreichen.
- b) Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen an seinem Angebot sind vom Bieter bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen. Die Vergabeunterlagen des Auftraggebers dürfen vom Bieter nicht verändert werden.
- c) Bis zum Ende der Angebotsfrist kann das Angebot schriftlich, fernschriftlich oder telegrafisch zurückgezogen werden. Danach ist ein Bieter bis zu dem Ablauf der genannten Zuschlags- und Bindefrist an sein Angebot gebunden.

4.4.3 Grundsätzliche Vorgaben zur Abgabe des Teilnahmeantrages in der 1. Phase bzw. der Angebote in der 2. Phase

- a) Der Teilnahmeantrag sowie das Angebot im Angebotsverfahren sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Die Kommunikation mit der Vergabestelle und den Auftraggebern ist ausschließlich in deutscher Sprache zu führen.
- b) Für den Teilnahmeantrag sowie das Angebot im Angebotsverfahren sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Die Verwendung selbst gefertigter unvollständiger Vervielfältigungen oder Abschriften ist nicht zulässig. Die von der Vergabestelle verfassten Vordrucke sind allein und ausschließlich verbindlich.
- c) Dem Teilnahmeantrag bzw. dem Angebot im Angebotsverfahren liegen die zur Verfügung gestellten Bewerbungs- und Vergabebedingungen sowie die sonstigen dort genannten Bedingungen zugrunde.
- d) Die **Leistungsbeschreibung und das Leistungsverzeichnis** einschließlich aller Anlagen sind Grundlage des Angebotsverfahrens nach Abschluss des öffentlichen Teilnahmewettbewerbes.
- e) Der Teilnahmeantrag sowie das Angebot im Angebotsverfahren müssen die in den Unterlagen des Auftraggebers geforderten Erklärungen, Nachweise und Angaben enthalten. Ist eine Nachforderung nicht rechtzeitig vorgelegter Nachweise und Erklärungen entsprechend der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) grundsätzlich möglich und erfolgt die Nachforderung, wird der Bieter spätestens nach erfolglos verstrichener Nachforderungsfrist ausgeschlossen.
- f) Werden die von der Vergabestelle gesondert verlangten Unterlagen zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt nicht oder nicht vollständig vorgelegt, kann der Bieter ausgeschlossen werden.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

- g) Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- h) Zur Öffnung der Teilnahmeantrag sowie der Angebote im Angebotsverfahren sind Bieter nicht zugelassen (§ 55 Abs. 2 VgV).
- i) Teilnahmeantrag und Angebot müssen vollständig (u. a. mit den geforderten Eigenerklärungen und Nachweisen) in einem verschlossenen Umschlag, der sich nicht ohne Beschädigung des Verschlusses öffnen lässt, an die vorbenannte Vergabestelle übersandt werden.

4.5 Datenschutzklausel

- a) Die vom Bieter erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert.
- b) Soweit das Angebot im Angebotsverfahren eines Bieters den Zuschlag erhält, werden die übrigen Bieter, deren Angebote im Angebotsverfahren nicht berücksichtigt werden sollen, auf deren Antrag über den Namen des Bieters, der den Zuschlag erhält, vor Zuschlagserteilung gemäß § 134 Abs. 1 GWB informiert.
- c) Der Bieter erklärt mit Abgabe des Angebots im Angebotsverfahren sein Einverständnis hiermit.

4.6 Bietergemeinschaften

- a) Bietergemeinschaften sind zugelassen. Bei Abgabe eines Angebotes einer Bietergemeinschaft müssen alle der Bietergemeinschaft zugehörigen Unternehmen dem Auftraggeber angezeigt werden. Ebenso ist die Aufgabenteilung der Bietergemeinschaft darzustellen.
- b) Die Mitglieder der Bietergemeinschaft müssen gegenüber dem Auftraggeber mit Angebotsabgabe ihre gesamtschuldnerische Haftung für die gesamte Leistung erklären, ihre Rechtsform benennen und einen bevollmächtigten Vertreter als Ansprechpartner für den Auftraggeber benennen. Die entsprechenden Angaben dazu sind unter Ziffer 8 der Anlage 1 und Anlage 2 einzutragen.

4.7 Unterauftragnehmer

- a) Der Auftragnehmer kann zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis Unterauftragnehmer (z.B. Vertriebspartner) beauftragen. Diese sind mit Abgabe des Angebots unter Ziffer 9 der Anlage 1 und Anlage 2 zu benennen, soweit diese zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe bekannt sind. Jedenfalls sind aber die zur Übertragung an Unterauftragnehmer beabsichtigten Leistungen darzustellen.
- b) Bei der Übertragung von Teilen der Leistung hat der Auftragnehmer nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren. Der Auftragnehmer hat bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge kleine und mittlere Unternehmen regelmäßig angemessen zu beteiligen.
- c) Will der Bieter seine Eignung mithilfe der Eignung von Unterauftragnehmern nachweisen, hat er eine Verpflichtungserklärung der Unterauftragnehmer gemäß Ziffer 7 der Anlage 1 und Anlage 2 vorzulegen.

4.8 Nebenangebote und Änderungsvorschläge

- a) Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.
- b) Aus verschiedenen Gründen wie z. B. einsatztaktischen Notwendigkeiten, besonderen technischen Erfahrungen, Kompatibilität mit vorhandenen Einsatzmitteln oder einheitlicher Bedienbarkeit sind verschiedene Details des Ausschreibungsgegenstandes mit Herstellerangabe ausdrücklich vorgeschrieben.
- c) Wird ein Detail des Ausschreibungsgegenstandes mit dem Zusatz: „Referenzprodukt“ genannt, liefert der Bieter im Fall der Beauftragung genau dieses Produkt, so er nicht ausdrücklich ein anderes Produkt in seinem Angebot benennt und mindestens die Gleichwertigkeit in Leistung, Qualität und Handhabung in einer zum Angebot gehörenden Anlage nachweist.
- d) Sofern ein Produktname in der Form „... z. B. oder vergleichbar...“ genannt wird, dient diese Nennung ausschließlich dazu, dem Bieter die vom Auftraggeber vorausgesetzten Mindestanforderungen an Leistung und Qualität darzustellen.
- e) Von Mindest- und Maximalforderungen der Leistungsbeschreibung darf nicht abgewichen werden.

4.9 Eignung der Teilnehmer

- a) Es werden nur Bieter berücksichtigt, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die erforderliche Eignung (Fachkunde/Leistungsfähigkeit/Zuverlässigkeit) besitzen (§ 122 Abs. 1 GWB) und die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbes zwingend vorgegebenen Erklärungen, Nachweise und Angaben vorlegen und die dort benannten Mindestanforderungen einhalten.

4.10 Zuschlagskriterien für das Angebotsverfahren

- a) Es werden nur Bieter berücksichtigt, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzen (vgl. § 122 Abs. 1 GWB).
- b) Der Zuschlag wird je Los auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis ist bei Los 1 nicht allein entscheidend (vgl. § 127 Abs. 1 GWB).
- c) Vor der Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber die eingereichten Angebote auf Vollständigkeit, fachliche und rechnerische Richtigkeit gemäß § 56 Abs. 1 VgV bezüglich der Erfüllung der nachfolgend genannten Kriterien prüfen und anschließend die Wirtschaftlichkeit der Angebote nach § 127 Abs. 1 GWB anhand der Wertungskriterien gemäß Nr. 4.10.1 und Nr. 4.10.2 bewerten.
- d) Die Wertungskriterien sind in den Angebotsunterlagen genannt. Angegeben wird jeweils an jeder für den Auftraggeber relevanten Stelle,
- was gewertet wird,
 - wie es gewertet wird und damit zu einem Wertungskriterium wird sowie
 - in welches Zuschlagskriterium es einfließt.

Hinweis zu Spiegelpunkt 2: Die Berechnung jedes Wertungskriteriums erfolgt so, dass die jeweils beste Angabe den kleinsten Wert erreicht („kleinster Wert gewinnt“).

4.10.1 Zuschlagskriterien Los 1

- a) Die Zuschlagskriterien sind:
- der angebotene Preis;
 - die technische Bewertung;
 - die Lieferfrist.
- b) Die einzelnen Zuschlagskriterien sind nachfolgend definiert.

4.10.1.1 Zuschlagskriterium angebotener Preis

- a) Der angebotene Preis wird zu 90% über den Angebotspreis nach Nr. 1.1.2 der Angebotsunterlagen und zu 10% über die Folgekosten festgestellt.
- b) Angebotspreis: Angebotspreis nach Nr. 1.1.2 der Angebotsunterlagen, geteilt durch den kleinsten in allen wertbaren Angeboten unter Nr. 1.1.2 der Angebotsunterlagen genannten Angebotspreis (ergibt eine Platzziffer $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- c) Folgekosten: Summe der Wertungskriterien eines Angebotes in den Positionen, die dem Zuschlagskriterium Folgekosten zugewiesen sind, geteilt durch die kleinste in allen wertbaren Angeboten festgestellte Summe der Wertungskriterien des Zuschlagskriteriums Folgekosten (ergibt einen Faktor $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- d) Folgekosten sind unter Nr. 4 Leistungsbeschreibung in den Angebotsunterlagen definiert. Berechnung des festgestellten angebotenen Preises: $0,90 \times \text{Angebotspreis} + 0,10 \times \text{Folgekosten}$ gleich Platzziffer für den festgestellten angebotenen Preis (ergibt einen Faktor $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- e) Der festgestellte angebotene Preis fließt mit 65% in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ein ($65 \times$ Platzziffer für den festgestellten angebotenen Preis (ergibt einen Faktor für den festgestellten angebotenen Preis $\geq 65,000$, der kleinste Wert gewinnt)).

4.10.1.2 Zuschlagskriterium technische Bewertung

- a) Die technische Bewertung ergibt sich
 - aus den Angaben der technischen Daten aus den ANGABEN DES BIETERS (vgl. Nr. 2.6 der Angebotsunterlagen) und den verlangten Anlagen des Bieters zum Angebot, sofern definierte Mindestanforderungen übertroffen werden, mit den jeweiligen Platzierungen
 - aus der Bewertung der Angaben der technischen Daten aus den ANGABEN DES BIETERS (vgl. Nr. 2.6 der Angebotsunterlagen) und den verlangten Anlagen des Bieters zum Angebot durch den Auftraggeber anhand der jeweiligen Beurteilungsnote.
- b) Besondere Wichtungen einzelner Positionen sind ggf. in der Leistungsbeschreibung zu Los 1 genannt.
- c) Technische Bewertung: Summe der Wertungskriterien und Bewertungen eines Angebotes in den Positionen, die dem Zuschlagskriterium technische Bewertung zugewiesen sind, geteilt durch die kleinste in allen wertbaren Angeboten festgestellte Summe der Wertungskriterien des Zuschlagskriteriums technische Bewertung (ergibt eine Platzziffer $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- d) Die technische Bewertung fließt mit 30% in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ein (30 x Platzziffer für die festgestellte technische Bewertung (ergibt einen Faktor für die festgestellte technische Bewertung $\geq 30,000$, der kleinste Wert gewinnt).

4.10.1.3 Zuschlagskriterium Lieferfrist

- a) Lieferfrist: Angebotene maximale Lieferfrist nach Nr. 3.9.5 der Angebotsunterlagen geteilt durch die kürzeste in allen wertbaren Angeboten unter Nr. 3.9.5 der Angebotsunterlagen genannten Lieferfrist (ergibt eine Platzziffer $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- b) Die Lieferfrist fließt mit 5% in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ein (5 x Platzziffer für die Lieferfrist (ergibt eine Platzziffer $\geq 5,000$, der kleinste Wert gewinnt).

4.10.1.4 Wertung der Zuschlagskriterien für die Feststellung des wirtschaftlichsten Angebotes zu Los 1

- a) Die Wirtschaftlichkeit jedes wertbaren Angebotes zu Los 1 wird wie folgt berechnet:
 - 65 x Platzziffer für den festgestellten angebotenen Preis (ergibt einen Faktor $\geq 65,000$, der kleinste Wert gewinnt) plus
 - 30 x Platzziffer für die festgestellte technische Bewertung (ergibt einen Faktor $\geq 30,000$, der kleinste Wert gewinnt) plus
 - 5 x Platzziffer für die Lieferfrist (ergibt einen Faktor $\geq 5,000$, der kleinste Wert gewinnt)ergibt die Platzziffer für die Wirtschaftlichkeit des Angebotes ($\geq 100,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- b) Das wirtschaftlichste Angebot zu Los 1 mit der niedrigsten Platzziffer erhält den Zuschlag.

4.10.2 Zuschlagskriterien Los 2

- a) Das Zuschlagskriterium ist allein der festgestellte angebotene Preis.
- b) Der angebotene Preis wird über den Angebotspreis nach Nr. 1.2.2 der Angebotsunterlagen festgestellt.
- c) Angebotspreis: Angebotspreis nach Nr. 1.2.2 der Angebotsunterlagen, geteilt durch den kleinsten in allen wertbaren Angeboten unter Nr. 1.2.2 der Angebotsunterlagen genannten Angebotspreis (ergibt eine Platzziffer für den Angebotspreis einen Faktor $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- d) Folgekosten: Summe der Platzierungen eines Angebotes in den Positionen, die diesem Kriterium zugewiesen sind, geteilt durch die kleinste in allen wertbaren Angeboten festgestellte Summe dieser Platzierungen (ergibt eine Platzziffer für die Folgekosten einen Faktor $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- e) Berechnung des festgestellten angebotenen Preises: $0,60 \times$ Platzziffer Angebotspreis plus $0,40 \times$ Platzziffer Folgekosten gleich Platzziffer für den festgestellten angebotenen Preis (ergibt einen Faktor $\geq 1,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- f) Der festgestellte angebotene Preis fließt mit 100% in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots ein (100 x Platzziffer für den festgestellten angebotenen Preis (ergibt einen Faktor $\geq 100,000$, der kleinste Wert gewinnt).
- g) Den Zuschlag erhält das Angebot nach Nr. 1.2.2 der Angebotsunterlagen, wenn es das wirtschaftlichste Angebot ist.

5 Eignungsprüfung im Auswahlverfahren (Nachweise, Bescheinigungen, Erklärungen)

5.1 Eignungsprüfung im Auswahlverfahren (Nachweise, Bescheinigungen, Erklärungen) für das Los 1 (Fahrgestell + Aufbau)

- a) Zur Durchführung der Eignungsprüfung ist der in den Anlagen dieser Unterlagen enthaltene Teilnahmeantrag für das Bewerbungs-/Auswahlverfahren für Los 1 sowie die dort geforderten Nachweise und Eigenerklärungen vollständig abzugeben.

5.1.1 Referenzliste

- a) Dem Teilnahmeantrag muss eine Referenzliste beigelegt werden, die alle von dem Bewerber in den letzten 24 Monaten gelieferten Aufbauten für den ausgeschriebenen Fahrzeugtyp auflistet.
- b) Diese Referenzliste muss mindestens 30 Fahrzeuge des DIN-Typen Drehleiter DLAK 23/12 nach DIN EN 14043 umfassen, die an kommunalen Feuerwehren geliefert wurden.
- c) Auf Nachfrage des Auftraggebers sind die entsprechenden Kontaktadressen der belieferten Feuerwehren mit Telefon- und Faxnummer der dortigen Ansprechpartner binnen vier Werktagen mitzuteilen.

5.1.2 Vorführfahrzeug

- a) Auf Anforderung des Auftraggebers muss ein Bieter in der 2. Phase innerhalb von 14 Tagen ein DIN-Feuerwehrfahrzeug vorstellen, das dem angebotenen Fahrzeug entspricht.
- b) Die Vorführung dient dazu, dass sich der Auftraggeber von der angebotenen Ausführungsform ein konkretes Bild machen kann.
- c) Bieter, die kein Beispielfahrzeug vorstellen können, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5.1.3 Vorlage aktueller Jahresabschluss und Geschäftsbericht

- a) Dem Teilnahmeantrag muss ein durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer testierter aktueller Jahresabschluss- und Geschäftsbericht beigelegt werden. Dieser muss sich auf das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr beziehen.
- b) Bewerber in der Rechtsform einer offenen Handelsgesellschaft(OHG), Kommanditgesellschaft (KG) sowie einer GmbH & Co.KG können hiervon abweichen, indem sie alternativ den erzielten Jahresumsatz (brutto) ihres Unternehmens sowie ihren Jahresüberschuss-Fehlbetrag nach Jahresabschluss bzw. Handelsbilanz oder internationalen Rechnungslegungsstandards oder eine zusammengefasste Bilanz, die die wesentlichen Angaben zur Überprüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers sicherstellt, für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vorlegen. Der Bewerber hat die in dieser Ziffer vorstehenden Daten auf einem gesonderten Beiblatt als Eigenerklärung dem Teilnahmeantrag beizufügen.

5.2 Eignungsprüfung im Auswahlverfahren (Nachweise, Bescheinigungen, Erklärungen) für das Los 2 (Beladung)

- a) Zur Durchführung der Eignungsprüfung sind der in den Anlagen dieser Unterlagen enthaltene Teilnahmeantrag für das Bewerbungs-/Auswahlverfahren für Los 2 sowie die dort geforderten Nachweise und Eigenerklärungen vollständig abzugeben.
- b) Dem Teilnahmeantrag muss ein durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer testierter aktueller Jahresabschluss- und Geschäftsbericht beigelegt werden. Dieser muss sich auf das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr beziehen. Bewerber in der Rechtsform einer offenen Handelsgesellschaft(OHG), Kommanditgesellschaft (KG) sowie einer GmbH & Co.KG können hiervon abweichen, indem sie alternativ den erzielten Jahresumsatz (brutto) ihres Unternehmens sowie ihren Jahresüberschuss-Fehlbetrag nach Jahresabschluss bzw. Handelsbilanz oder internationalen Rechnungslegungsstandards oder eine zusammengefasste Bilanz, die die wesentlichen Angaben zur Überprüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers sicherstellt, für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vorlegen. Der Bewerber hat die in dieser Ziffer vorstehenden Daten auf einem gesonderten Beiblatt als Eigenerklärung dem Teilnahmeantrag beizufügen

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

- c) Dem Teilnahmeantrag muss eine Referenzliste beigelegt werden, welche alle Feuerwehrfahrzeuge für kommunale Feuerwehren auflistet, für die der Bewerber in den letzten 24 Monaten die feuerwehrtechnische Beladung geliefert hat. Auf Nachfrage des Auftraggebers sind die entsprechenden Kontaktadressen der belieferten Feuerwehren mit Telefon- und Faxnummer der dortigen Ansprechpartner binnen vier Werktagen mitzuteilen.

5.3 Ergänzende Unterlagen für die Eignungsprüfung im Auswahlverfahren

- a) Zur Eignungsprüfung **kann** darüber hinaus die Vorlage weiterer Nachweise, Bescheinigungen oder Erklärungen zur Beurteilung der Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit **verlangt werden. Diese sind innerhalb von 7 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorzulegen.** Hierzu gehören insbesondere
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft oder einer vergleichbaren Einrichtung des jeweiligen Staates darüber, dass der Unternehmer die diesbezüglichen gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt hat.
 - Bescheinigung der zuständigen Stelle des jeweiligen Staates aus der hervorgeht, dass der Unternehmer seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften des Staates erfüllt hat, in dem das Unternehmen ansässig ist.
 - Nachweis der Eintragung in das Berufsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist (z. B. Handelsregisterauszug).
 - Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Vorlage entsprechender Bankauskünfte.
 - Nachweis zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge.

6 Eignungsauswahl

- a) Die Auswahl der Bewerber für das Angebotsverfahren erfolgt anhand der vorab bzw. die in der Bewerbung (Antrag auf Teilnahme- und Bewerbungs-/Auswahlverfahren) vorgegebenen Nachweise und Eigenerklärungen.
- b) Zur Eignungsprüfung werden die Teilnahmeanträge dahingehend geprüft, ob Sie formal korrekt und vollständig sind. Ebenso daraufhin, ob vergaberechtliche oder sonstige gesetzliche Ausschlussgründe vorliegen.
- c) Dann wird geprüft, ob die Mindestanforderungen erfüllt werden. Bewerber, die diese Vorgaben nicht erfüllen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.
- d) Sodann wird bewertet, ob der Bewerber unter Berücksichtigung seiner Angaben und Unterlagen entsprechend fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig ist.

7 Angebotsverfahren

- a) Das Angebotsverfahren selbst erfolgt nach Abschluss der Eignungsauswahl mit den geeigneten Bietern.
- b) Diese werden zum Angebotsverfahren sowie zur Abgabe eines verbindlichen Angebotes mit gesonderter Aufforderung zur Abgabe eines verbindlichen Angebotes aufgefordert.
- c) Die Aufforderung zur Teilnahme am Angebotsverfahren erfolgt voraussichtlich bis spätestens **13.07.2018. Die Vergabestelle behält sich eine Änderung der Termine ausdrücklich vor!**

8 Einreichung der Bewerbung

- a) Zur Einreichung der Bewerbung sind beiliegende Anlagen und Formblätter auszufüllen und diese in Textform und unterschrieben fristgerecht bei der Vergabestelle einzureichen.
- b) Das Gleiche gilt für sonstige Nachweise, Bescheinigungen und Erklärungen, die nicht Gegenstand der Formulare sind, deren Vorlage aber dennoch gefordert wird.
- c) Bei der Bewerbung sind der Bieter und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen.
- d) Eine Unterschrift im Original ist bei Textform erforderlich.
- e) Die vorgegebene Einreichungsfrist für die Bewerbung ist zwingend einzuhalten. Verspätet eingegangene Bewerbungen werden zwingend vom Verfahren ausgeschlossen.

-
- f) Bei Abgabe der Bewerbung (Antrag auf Teilnahme am Bewerbungs-/Auswahlverfahren) hat der Bewerber **zwingend** die in der Anlage beigefügte Bewerbung (Antrag auf Teilnahme am Bewerbungs-/Auswahlverfahren) vollständig auszufüllen und mit den geforderten Nachweisen in einem verschlossenen Umschlag, der sich nicht ohne Beschädigung des Verschlusses öffnen lässt, an die vorbenannte Vergabestelle zu übersenden.
- g) Die vollständige Bewerbung (Antrag auf Teilnahme am Bewerbungs-/Auswahlverfahren) muss dort bis zum Ende des vorgegebenen Einreichungstermins für das Bewerbungs-/Auswahlverfahren (Teilnahmefrist) eingegangen sein.
- h) Der Umschlag ist außen mit einem entsprechenden Hinweis auf die Bewerbung zu versehen sowie mit dem Namen (Firma) und der Anschrift des Bieters zu bezeichnen. Sie werden gebeten, Ihre Bewerbung mit dem in der **Anlage** beigefügten **Kennzettel für Bewerbung** zu versehen.
- i) Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen der Bewerbung sind bis spätestens zum Ende der Einreichungsfrist in entsprechender Form wie der Antrag auf Teilnahme am Bewerbungs-/Auswahlverfahren einzureichen.
- j) Vor Abgabe der Bewerbung und des Angebotes hat der Bieter auf der Homepage der Gemeinde nachzuprüfen, ob Biiterrundschreiben eingestellt sind. Diese wirken sich auf die Abgabe der vorgenannten Unterlagen aus. Da die Bewerbungsunterlagen ohne Registrierung frei verfügbar sind, kann die Vergabestelle nicht nachvollziehen, welcher Bieter die Bewerbungsunterlagen herunterlädt. Die Bieter können sich freiwillig nach dem Herunterladen der Bewerbungsunterlagen bei der Vergabestelle dadurch registrieren, dass sie per E-Mail der Vergabestelle unter Nennung ihres Namens und ihrer Anschrift mitteilen, dass sie die Bewerbungsunterlagen heruntergeladen haben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Jens Timm
Bürgermeister

Ort, Datum (Eintragung durch Bewerber!)

Gemeinde Karlsbad
Hirtenstraße 45
76307 Karlsbad

Vergabe/Projekt Nr.:
131.41

Nicht offenes Verfahren

Einreichungstermin für das Bewerbungs-/Auswahlverfahren (Teilnahme-
frist):

28.06.2018, 11:00 Uhr

Vorhaben: Ausschreibung über die Lieferung eines Feuerwehrfahrzeuges des Typs Drehleiter DLAK 23/12 nach DIN EN 1846, E DIN 14502-2 und DIN EN 14043

Bewerbung für Los 1 (Antrag auf Teilnahme am Bewerbungs-/Auswahlverfahren für Los 1) von:

(Bewerber bitte ergänzen!)

Unternehmen:

(mit Rechtsform angeben!)

Homepage:

Adresse:

- 1) Ich/Wir bewerbe(n) mich/uns hiermit für die Zulassung zum Angebotsverfahren sowie um die Beauftragung der ausgeschriebenen Leistung.
- 2) Ich/Wir versichern, die erforderliche Eignung zu Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungen zu besitzen.
- 3) Die gemäß Aufforderung zur Teilnahme am Bewerbungsverfahren und ggf. späteren Angebotsverfahren geforderten Bescheinigungen und Erklärungen sind beigelegt.
- 4) Alternativ kann auch die Einheitliche Europäische Eigenerklärung eingereicht werden. Die von dem Auftraggeber darüber hinaus geforderten Nachweise und Unterlagen müssen dann von dem Bewerber ergänzt werden.

1) Eigenerklärung des Bewerbers

a) Ich/Wir erkläre/n, dass

- ich/wir über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren weder beantragt habe(n) noch eröffnet wurde,
- ich mich/wir uns nicht in Liquidation befinde(n),
- ich/wir keine schweren Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit begangen habe(n), die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt, insbesondere wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften in den letzten zwei Jahren nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind,
- ich/wir meinen/unsere Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

- ich/wir in der Bewerbung wissentlich keine unzutreffende Erklärung in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit angegeben habe(n). Ich bin/wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen meinen/unseren Ausschluss zur Folge haben kann.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- Es wird bestätigt, dass keine der vorbenannten Verfehlungen vorliegt.
- Es liegen folgende Verfehlungen vor:
-
-
-

- b) Der Bewerber erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren elektronisch verarbeitet und gespeichert werden.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- Einverständnis wird erteilt.
- Einverständnis wird versagt.

- c) Der Bewerber ist sich gewiss, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren sowie die fristlose Kündigung eines etwa erteilten Auftrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- Gewissheit besteht.
- Gewissheit besteht nicht.

2) Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß §§ 123,124 GWB

- a) Mir ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

- b) Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- c) Mir ist weiterhin bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Wettbewerb als Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden kann, wenn
- über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
 - es sich in Liquidation befindet,
 - es nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
 - es seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt hat,
 - es im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Eignung abgegeben hat.
- d) Ich versichere hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten, insbesondere, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen.
- e) Ich verpflichte mich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsabschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Unterbeauftragung vorzulegen.
- f) Ich/Wir erkläre/-n, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht
- nach § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
 - nach § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
 - nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz
- mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 € wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

3) Angabe eines persönlichen Ansprechpartners

- a) Für die Abwicklung der ausgeschriebenen Leistung hat der Auftragnehmer einen verantwortlichen Ansprechpartner sowie einen Vertreter zu benennen, der für die Vertragsbetreuung für die Auftraggeber zur Verfügung steht. Insbesondere ist dieser Ansprechpartner für alle abwicklungsrelevanten Fragen zuständig.
- b) Der Auftragnehmer kann für die Vertragsbetreuung während der Vertragslaufzeit den Auftraggebern auch weitere zuständige Ansprechpartner benennen. Grundsätzlich ist jedoch ein zentraler Ansprechpartner für die Auftraggeber zu benennen. Werden auf Seiten des Auftragnehmers die Zuständigkeiten unternehmensintern geändert, so ist jeder Auftraggeber über diese Änderung rechtzeitig vor Eintreten der Änderung schriftlich zu informieren.
- c) Verantwortlicher Ansprechpartner:

Name: _____

Telefon: _____

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Fax: _____

E-Mail: _____

d) Vertreter:

Name: _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-Mail _____

4) Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

- a) Hiermit erkläre/n ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG¹ nicht vorliegen.
- b) Ich/wir habe/n zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a der Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können und dass bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 EUR die Verpflichtung zur Einholung nach § 19 Abs. 4 MiLoG besteht.

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

Anmerkung: Eine Unterschrift im Original ist bei Textform nicht erforderlich. Deshalb genügt das Hochladen und Versenden der handschriftlich unterschriebenen Erklärung.

Hinweise des Auftraggebers:

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG müssen öffentliche Auftraggeber beim Gewerbezentralregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 oder Absatz 2 MiLoG anfordern oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen.

§ 19 Abs. 1 MiLoG:

Von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber sollen Bewerberinnen oder Bewerber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

5) Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Gesetz zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein (Arbeits-)Entgelt von mindestens 8,84 Euro (brutto) pro Stunde bezahlt wird oder
- mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes muss angekreuzt werden.

- ich mir / wir uns
 - von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
 - von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes muss angekreuzt werden.

- ich mich / wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

- der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

6) Erforderliche Nachweise

6.1 Gültige Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001

- ja (Zertifizierung liegt bei)
- nein

Hinweis: Eine fehlende Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 führt zum Ausschluss von dem Verfahren.

6.2 Referenzliste

- ja (Referenzliste liegt bei)
- nein

Hinweis: Eine fehlende Referenzliste führt zum Ausschluss von dem Verfahren.

7) Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

Bieter	Vergabenummer	Datum
Titel der Ausschreibung		
Name des sich verpflichtenden Unternehmens		

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe für _____ an den o.g. Bieter diesem mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen:

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Position	Beschreibung der Teilleistungen

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

Nur bei Eignungsleihe ist nachfolgende Verpflichtungserklärung zwingend abzugeben!

Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe

Bieter	Vergabenummer	Datum
Titel der Ausschreibung		
Name des sich verpflichtenden Unternehmens		

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

an den o.g. Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich/-e zur Verfügung zu stehen:

Position	Beschreibung der Teilleistungen

Die diesbezüglichen Nachweise sowie die Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen sind dieser Erklärung beigelegt.

Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

8) Eigenerklärung der Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen

- 1. _____
- 2. _____
- 3. _____
- 4. _____
- 5. _____
- 6. _____

haben uns für die Bewerbung zu einer Bietergemeinschaft in der Rechtsform _____ zusammengeschlossen.

Wir übernehmen für Verbindlichkeiten aus dieser Ausschreibung gegenüber dem Auftraggeber die gesamtschuldnerische Haftung.

Als bevollmächtigten Vertreter unserer Bewerber, bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft benennen wir

Der bevollmächtigte Vertreter ist ermächtigt, die Mitglieder der Bewerber- bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft gegenüber den Auftraggebern rechtsverbindlich zu vertreten.

Die Aufgaben innerhalb der Bewerber- bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft ist wie folgt vorgesehen:

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

9) Liste der Unterauftragnehmer

(Eintragung des Bewerbers erforderlich!)

Wir beabsichtigen, zur Erfüllung unserer angebotenen Leistungen die nachfolgend genannten Unterauftragnehmer zu beauftragen (Unterauftragnehmer müssen nur benannt werden, wenn diese zum Zeitpunkt der Teilnahmefrist bekannt sind oder sich der Bewerber zum Eignungsnachweis nach lit. 5.1 g) der Fähigkeiten anderer Unterauftragnehmer bedienen will; der Leistungsumfang ist zu benennen):

Leistungsumfang, der auf den Unterauftragnehmer übertragen werden soll	Unterauftragnehmer (Name und Anschrift)

10) Unterschrift(-en)

- a) Bei Abgabe in schriftlicher Form per Post muss der Teilnahmeantrag nachfolgend vom Vertretungsberechtigten des Bewerbers unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung des Teilnahmeantrages bei Einreichung in schriftlicher Form ist zwingend und führt bei Nichteinhaltung zum Ausschluss!
- b) Mit der Unterschrift werden die
- Eigenerklärung des Bewerbers (Nr. 1 dieser Bewerbung)
 - Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß §§ 123, 124 GWB (Nr. 2 dieser Bewerbung)
 - Angabe eines persönlichen Ansprechpartners (Nr. 3 dieser Bewerbung)
 - Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) (Nr. 4 dieser Bewerbung)
 - Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt (Nr. 5 dieser Bewerbung)
 - Angabe der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 sowie der Referenzliste (Nr. 6 dieser Bewerbung)
 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Nr. 7 dieser Bewerbung)
 - Eigenerklärung Bietergemeinschaften (Nr. 8 dieser Bewerbung)
 - Angabe der Liste der Unterauftragnehmer (Nr. 9 dieser Bewerbung)
- rechtsverbindlich.
- c) Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

Unterschrift(en) des Bieters- *) / Firmenstempel

Namen der Unterzeichner in Druckbuchstaben

Unterschrift(en) aller Teilnehmer einer Bietergemeinschaft- *) / Firmenstempel
(falls vorhanden)

Namen der Unterzeichner aller Teilnehmer einer Bietergemeinschaft in Druckbuchstaben
(falls vorhanden)

*) Wird der Teilnahmeantrag vom Bewerber und im Falle der Abgabe einer Bietergemeinschaft nicht von allen Bietern unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben!

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Ort, Datum (Eintragung durch Bewerber!)

Gemeinde Karlsbad
Hirtenstraße 45
76307 Karlsbad

Vergabe/Projekt Nr.:
131.41

Nicht offenes Verfahren

Einreichungstermin für das Bewerbungs-/Auswahlverfahren (Teilnahme-
frist):

28.06.2018, 11:00 Uhr

Vorhaben: Ausschreibung über die Lieferung eines Feuerwehrfahrzeuges des Typs Drehleiter DLAK
23/12 nach DIN EN 1846, E DIN 14502-2 und DIN EN 14043

Bewerbung für Los 2 (Antrag auf Teilnahme am Bewerbungs-/Auswahlverfahren für Los 2) von:

(Bewerber bitte ergänzen!)

Unternehmen:

(mit Rechtsform angeben!)

Homepage:

Adresse:

- 1) Ich/Wir bewerbe(n) mich/uns hiermit für die Zulassung zum Angebotsverfahren sowie um die Beauftragung der ausgeschriebenen Leistung.
- 2) Ich/Wir versichern, die erforderliche Eignung zu Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungen zu besitzen.
- 3) Die gemäß Aufforderung zur Teilnahme am Bewerbungsverfahren und ggf. späteren Angebotsverfahren geforderten Bescheinigungen und Erklärungen sind beigefügt.
- 4) Alternativ kann auch die Einheitliche Europäische Eigenerklärung eingereicht werden. Die von dem Auftraggeber darüber hinaus geforderten Nachweise und Unterlagen müssen dann von dem Bewerber ergänzt werden.

1) Eigenerklärung des Bewerbers

a) Ich/Wir erkläre/n, dass

- ich/wir über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren weder beantragt habe(n) noch eröffnet wurde,
- ich mich/wir uns nicht in Liquidation befinde(n),
- ich/wir keine schweren Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit begangen habe(n), die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt, insbesondere wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften in den letzten zwei Jahren nicht mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden bin/sind,
- ich/wir meinen/unsere Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

- ich/wir in der Bewerbung wissentlich keine unzutreffende Erklärung in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit angegeben habe(n). Ich bin/wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen meinen/unseren Ausschluss zur Folge haben kann.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- Es wird bestätigt, dass keine der vorbenannten Verfehlungen vorliegt.
- Es liegen folgende Verfehlungen vor:
-
-
-

- b) Der Bewerber erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren elektronisch verarbeitet und gespeichert werden.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- Einverständnis wird erteilt.
- Einverständnis wird versagt.

- c) Der Bewerber ist sich gewiss, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren sowie die fristlose Kündigung eines etwa erteilten Auftrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

(Zutreffendes ist vom Bewerber anzukreuzen!)

- Gewissheit besteht.
- Gewissheit besteht nicht.

2) Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß §§ 123,124 GWB

- a) Mir ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

- b) Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- c) Mir ist weiterhin bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Wettbewerb als Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden kann, wenn
- über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
 - es sich in Liquidation befindet,
 - es nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,
 - es seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt hat,
 - es im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Eignung abgegeben hat.
- d) Ich versichere hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten, insbesondere, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen.
- e) Ich verpflichte mich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsabschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Unterbeauftragung vorzulegen.
- f) Ich/Wir erkläre/-n, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht
- nach § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
 - nach § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
 - nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz
- mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 € wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

3) Angabe eines persönlichen Ansprechpartners

- a) Für die Abwicklung der ausgeschriebenen Leistung hat der Auftragnehmer einen verantwortlichen Ansprechpartner sowie einen Vertreter zu benennen, der für die Vertragsbetreuung für die Auftraggeber zur Verfügung steht. Insbesondere ist dieser Ansprechpartner für alle abwicklungsrelevanten Fragen zuständig.
- b) Der Auftragnehmer kann für die Vertragsbetreuung während der Vertragslaufzeit den Auftraggebern auch weitere zuständige Ansprechpartner benennen. Grundsätzlich ist jedoch ein zentraler Ansprechpartner für die Auftraggeber zu benennen. Werden auf Seiten des Auftragnehmers die Zuständigkeiten unternehmensintern geändert, so ist jeder Auftraggeber über diese Änderung rechtzeitig vor Eintreten der Änderung schriftlich zu informieren.
- c) Verantwortlicher Ansprechpartner:

Name: _____

Telefon: _____

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Fax: _____

E-Mail: _____

d) Vertreter:

Name: _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-Mail _____

4) Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

- a) Hiermit erkläre/n ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG¹ nicht vorliegen.
- b) Ich/wir habe/n zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a der Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können und dass bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 EUR die Verpflichtung zur Einholung nach § 19 Abs. 4 MiLoG besteht.

(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

Anmerkung: Eine Unterschrift im Original ist bei Textform nicht erforderlich. Deshalb genügt das Hochladen und Versenden der handschriftlich unterschriebenen Erklärung.

Hinweise des Auftraggebers:

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG müssen öffentliche Auftraggeber beim Gewerbezentralregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Absatz 1 oder Absatz 2 MiLoG anfordern oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen.

§ 19 Abs. 1 MiLoG:

Von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber sollen Bewerberinnen oder Bewerber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

5) Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Gesetz zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein (Arbeits-)Entgelt von mindestens 8,84 Euro (brutto) pro Stunde bezahlt wird oder
- mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes muss angekreuzt werden.

- ich mir / wir uns
 - von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
 - von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes muss angekreuzt werden.

- ich mich / wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

- der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

6) Erforderliche Nachweise

6.1 Referenzliste

ja (Referenzliste liegt bei)

nein

Hinweis: Eine fehlende Referenzliste führt zum Ausschluss von dem Verfahren.

7) Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

Bieter	Vergabenummer	Datum
Titel der Ausschreibung		
Name des sich verpflichtenden Unternehmens		

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe für _____ an den o.g. Bieter diesem mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen:

Position	Beschreibung der Teilleistungen

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

Nur bei Eignungslleihe ist nachfolgende Verpflichtungserklärung zwingend abzugeben!

Verpflichtungserklärung bei Eignungslleihe

Bieter	Vergabenummer	Datum
Titel der Ausschreibung		
Name des sich verpflichtenden Unternehmens		

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich/-e zur Verfügung zu stehen:

Position	Beschreibung der Teilleistungen

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Die diesbezüglichen Nachweise sowie die Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen sind dieser Erklärung beigefügt.

Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

8) Eigenerklärung der Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen

- 1. _____
- 2. _____
- 3. _____
- 4. _____
- 5. _____
- 6. _____

haben uns für die Bewerbung zu einer Bietergemeinschaft in der Rechtsform _____ zusammengeschlossen.

Wir übernehmen für Verbindlichkeiten aus dieser Ausschreibung gegenüber dem Auftraggeber die gesamtschuldnerische Haftung.

Als bevollmächtigten Vertreter unserer Bewerber, bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft benennen wir

Der bevollmächtigte Vertreter ist ermächtigt, die Mitglieder der Bewerber- bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft gegenüber den Auftraggebern rechtsverbindlich zu vertreten.

Die Aufgaben innerhalb der Bewerber- bzw. Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft ist wie folgt vorgesehen:

Ort, Datum, Stempel, Unterschrift

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

9) Liste der Unterauftragnehmer

(Eintragung des Bewerbers erforderlich!)

Wir beabsichtigen, zur Erfüllung unserer angebotenen Leistungen die nachfolgend genannten Unterauftragnehmer zu beauftragen (Unterauftragnehmer müssen nur benannt werden, wenn diese zum Zeitpunkt der Teilnahmefrist bekannt sind oder sich der Bewerber zum Eignungsnachweis nach lit. 5.1 g) der Fähigkeiten anderer Unterauftragnehmer bedienen will; der Leistungsumfang ist zu benennen):

Leistungsumfang, der auf den Unterauftragnehmer übertragen werden soll	Unterauftragnehmer (Name und Anschrift)

Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

10) Unterschrift(-en)

- a) Bei Abgabe in schriftlicher Form per Post muss der Teilnahmeantrag nachfolgend vom Vertretungsberechtigten des Bewerbers unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung des Teilnahmeantrages bei Einreichung in schriftlicher Form ist zwingend und führt bei Nichteinhaltung zum Ausschluss!
- b) Mit der Unterschrift werden die
- Eigenerklärung des Bewerbers (Nr. 1 dieser Bewerbung)
 - Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß §§ 123, 124 GWB (Nr. 2 dieser Bewerbung)
 - Angabe eines persönlichen Ansprechpartners (Nr. 3 dieser Bewerbung)
 - Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) (Nr. 4 dieser Bewerbung)
 - Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt (Nr. 5 dieser Bewerbung)
 - Angabe der Referenzliste (Nr. 6 dieser Bewerbung)
 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Nr. 7 dieser Bewerbung)
 - Eigenerklärung Bietergemeinschaften (Nr. 8 dieser Bewerbung)
 - Angabe der Liste der Unterauftragnehmer (Nr. 9 dieser Bewerbung)
- rechtsverbindlich.
- c) Anmerkung: Ein Scan der Unterschrift ist ausreichend und führt ebenfalls zur Verbindlichkeit dieser Erklärung! Die Vergabestelle behält sich allerdings vor, das Original nachzufordern.

Unterschrift(en) des Bieters- *) / Firmenstempel

Namen der Unterzeichner in Druckbuchstaben

Unterschrift(en) aller Teilnehmer einer Bietergemeinschaft- *) / Firmenstempel
(falls vorhanden)

Namen der Unterzeichner aller Teilnehmer einer Bietergemeinschaft in Druckbuchstaben
(falls vorhanden)

*) Wird der Teilnahmeantrag vom Bewerber und im Falle der Abgabe einer Bietergemeinschaft nicht von allen Bietern unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben.

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.

Kennzettel

1. Eingang am _____ (Unterschrift)	_____ mit	_____ Anlagen	<p style="text-align: center;">TEILNAHMEANTRAG</p> <p style="text-align: center;">Beschaffung einer Drehleiter DLAK 23/12 für die Gemeinde Karlsbad</p> <p style="text-align: center;">Vergabeunterlagen: Nicht öffnen!</p> <p style="text-align: center;">Einreichungstermin: 28.06.2018, 11.00 Uhr</p> <hr/> <p style="text-align: center;">Gemeinde Karlsbad Herrn Jürgen Augenstein Hirtenstraße 45</p> <p style="text-align: center;">D-76307 Karlsbad</p>
2. Öffnung am _____ (Unterschrift)	_____ (Unterschrift)	_____ (Unterschrift)	

Hinweis: Die Ausschreibungsunterlagen dürfen nur im Zusammenhang mit der laufenden Ausschreibung verwendet und bearbeitet werden. Im Übrigen sind die Vorgaben des Gesetzes über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) zu beachten.